

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit / Anlass und Zweck der Verarbeitung

▪ Leistungen für Asylbewerber und Flüchtlinge

Zur gesetzlichen Aufgabenerfüllung nach den Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und der Sozialgesetzbücher (vorrangig SGB X und XII) werden personenbezogene Daten verarbeitet. Dies kann neben unserer Beratungsleistung die Erbringung von Geld-, Sach- und weiteren Dienstleistungen sein.

Geldleistungen können zudem aus technischer Sicht mittels eines Bezahlkartensystems erfolgen.

Darüber hinaus werden personenbezogene Daten für statistische Zwecke, bei Durchführung von Erstattungsansprüchen anderer Leistungsträger/Stellen oder auch zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch verarbeitet.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landkreis Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: poststelle@lra-oal.bayern.de, Telefon: 08342 911-0.

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Landratsamt Ostallgäu, Schwabenstr. 11, 87616 Marktoberdorf,
E-Mail-Adresse: datenschutzbeauftragter@lra-oal.bayern.de

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Abs. 1 Buchst. c und e Datenschutz Grundverordnung (DSGVO) in Verbindung mit Art. 4 Bayerisches Datenschutzgesetz (BayDSG).

- § 1 bis 4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG);
- Art. 9 Aufnahmegesetz (AufnG);
- Asylgesetz (AsylG);
- Sozialgesetzbücher (vorrangig SGB X und XII);
- Richtlinien und Ausführungsbestimmungen;
- Bundesstatistikgesetz (BStatG) und Teil II der Jahresstatistik der Sozialhilfe.

5. Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Landratsamt Ostallgäu verarbeitet für die hier genannten Zwecke folgende personenbezogenen Daten:

- Name und Vorname (ggf. Geburtsname);
- Anschrift und Kontaktdaten;
- Geburtsdatum, -ort und Staatsangehörigkeit;
- Familienstand und Daten von Haushaltsmitgliedern;
- Daten zum Beschäftigungsverhältnis;
- Ausweisnummer/AZR-Nummer, bevorzugte Sprache;
- Status und Gültigkeit eines Aufenthaltstitels;
- Renten-/Sozialversicherungsnummer, Steuer-ID;
- Bank- und Kontodaten mit Guthabenstatus und weiteren Informationen zum Leistungsberechtigten und zu weiteren unterhaltspflichtigen Angehörigen;
- Einkommens- und Vermögensnachweise, Kontoauszüge, Leistungszeitraum mit -höhe und -art; vom Antragsteller (bzw. Kind und Eltern), Mitgliedern der Bedarfs- oder Haushaltsgemeinschaft und von unterhaltspflichtigen Angehörigen.

6. Empfänger oder Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Die Angaben werden im Landratsamt Ostallgäu innerhalb der Fachabteilung „Soziale Verwaltung“ verarbeitet. Darüber hinaus übermitteln wir Daten im Bedarfsfall an unser Ausländeramt und bei direkter Zahlung von Beiträgen, Mieten und weiteren Kosten an Krankenkassen, Rentenversicherungen, Vermieter und Energieversorger. Wir bedienen uns den technischen Lösungen der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung Bayern (AKDB). Zur Abwicklung von Leistungen über das Bezahlkartensystem setzen wir die Technik der PayCenter GmbH, Freising ein.

Unter den Voraussetzungen der Sozialgesetzbücher können auch weitere Stellen wie das Einwohnermeldeamt, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Familienkassen, Finanzämter, Zollbehörden, Strafverfolgungsbehörden und Behörden der Gefahrenabwehr, Gerichte, Kfz-Zulassungsstelle, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Bundeszentralamt für Steuern, Bundesrechnungshof oder Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eingebunden werden.

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

In Zusammenhang mit der hier genannten Verarbeitungstätigkeit erfolgt keine Weitergabe oder Übermittlung von personenbezogenen Daten an Drittländer, außer rechtliche Verfahren machen dies notwendig.

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden von der Sozialbehörde gelöscht, wenn sie für die Durchführung des jeweiligen Gesetzes nicht mehr benötigt werden (vgl. § 128 h SGB XI, § 84 SGB X) und entsprechende rechtliche Aufbewahrungsfristen (i. d. R. betragen diese 10 Jahre) abgelaufen sind.

9. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).
- Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüfen wir als Verantwortlicher, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz (Postfach 22 12 19, 80502 München, Telefon: 089 212672-0, Telefax: 089 212672-50, E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

10. Widerrufsrecht - soweit die Verarbeitung auf Ihrer Einwilligung beruht

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

11. Quelle und Herkunft der Daten; Informationen gemäß Art. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Die hierzu erforderlichen Daten werden im Regelfall direkt bei der betroffenen Person erhoben. Ergänzend erhalten wir Daten über andere öffentliche und nichtöffentliche Stellen und Personen, soweit hierzu eine einschlägige rechtliche Grundlage vorliegt. Wir sind an zentral bereitgestellte Portale wie beispielsweise das Bayerische Behördeninformationssystem oder Finasload der Bundesagentur für Arbeit angebunden.

12. Automatisierte Entscheidungsfindung und Profiling

Wir setzen in diesem Zusammenhang keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Artikel 22 DSGVO ein und verarbeiten Daten nicht mit dem Ziel, bestimmte persönliche Aspekte automatisiert zu bewerten.

13. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Verpflichtung zur Angabe personenbezogener Daten ergibt sich aus den genannten gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen. Die Mitwirkungspflichten ergeben sich zudem aus §§ 60 ff. SGB I. Im Falle der Nichtbeachtung können die Leistungen versagt oder entzogen werden.